

DIE LINKE.

Landesverband Sachsen

B 1 – 358

Positionspapier: “Datenschutz und Informationsfreiheit“

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 7. August 2009

Beschluss:

Der Landesvorstand nimmt dieses Papier zur Kenntnis und bittet die EinreicherInnen, im Rahmen des Wahlkampfes und darüber hinaus weiter an und mit diesem Thema zu arbeiten.

1. Hintergrund

Im 60. Entstehungsjahr des Grundgesetzes erfahren die darin enthaltenen Grundrechte eine gesetzliche Auslegung, die sie aushöhlen und oder sogar teilweise ihrer Abschaffung gleichkommt. Bislang besonders betroffen sind Menschen anderer Kulturen und Herkunft, sowie anders Denkende, die dem Verdacht ausgesetzt werden, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Das Schüren von Angst darf kein Mittel der Politik sein. EmpfängerInnen von Sozialleistungen sind dabei einer besonderen Situation ausgesetzt. Ihnen gegen über kennt der Staat schon lange keine Wahrung der Privatsphäre mehr. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird willkürlich über die Sozialgesetzgebung eingeschränkt.

Der in den letzten Jahren ausufernde Ausbau von Überwachungsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung stellt eine Gefahr für die grundgesetzlich geschützte Privatsphäre, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Wahrung politischer Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit dar. Diese Grundrechte müssen auch mit dem Ausbau technologischer Möglichkeiten und der weiteren Einbeziehung von vernetzter Kommunikation dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend geschützt und darüber hinaus ausgebaut werden. In der Realität steht eine ganze Industrie von Unternehmen bereit, Überwachungstechnik anzubieten. Der Staat ebnet diesem privatwirtschaftlichen Interesse durch Gesetze den Weg – schließlich liegt Kontrolle auch in seinem eigenen Interesse - und mehr und mehr Menschen nehmen diese Entwicklung als notwendig hin. Aus Deutschland exportieren zudem Firmen massenhaft Überwachungstechnik an Regimes, die diese zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und der politischen Opposition nutzen.

Als LINKE halten wir Datenschutz für einen der zentralen Eckpfeiler persönlicher und politischer Freiheit im 21. Jahrhundert. Angst und Kontrolle dürfen niemals wieder Leitmotiv von Politik sein. Wir erheben deswegen Einspruch und Forderungen gegen den Überwachungswahn der regierenden Parteien. Wir sehen uns dabei als Partner außerparlamentarischer Initiativen gegen den Ausbau von Überwachungsmaßnahmen, die als eine neue Bürgerrechtsbewegungen zum Schutz der grundgesetzlich garantierten Rechte beitragen.

Vor diesem Hintergrund stellt DIE LINKE Sachsen den folgenden Positions- und Forderungskatalog auf. Längerfristig stellt sich der Landesverband die Aufgabe, einen Diskussionsprozess in die Wege zu leiten, in dessen Ergebnis Leitlinien zu Informationsfreiheit und Datenschutz verabschiedet werden sollen.

2. Forderungs- und Positionskatalog

2.1. Überwachung im öffentlichen Raum zurückbauen:

- Sozialarbeit statt Kameras
- Keine Kriminalisierung von sogenannten „Szenevierteln“
- Verbot des Einsatzes von Verhaltensererkennungssystemen

Unsere Position: Prävention statt Observation!

Gerichte urteilen, dass der Einschnitt in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, der bei der Installation einer Videokamera im öffentlichen Raum entsteht, gravierend ist und die Berechtigung gegenüber der Bedrohungslage immer wieder bewiesen werden muss.

Grundsätzlich geht es bei der Frage der Kameraüberwachung nicht um das technisch Machbare, sondern um die viel weitergehende Frage, welche Art Gesellschaft wir anstreben. Es geht darum, ob der Staat das Recht hat, sich in alle Lebensbereiche seiner Bürger einzumischen. In Sachsen werden derzeit öffentliche Plätze in Leipzig und in Dresden mit Kameras überwacht. Demgegenüber gibt es noch keine unabhängige wissenschaftlich-empirische Studie, die eine kriminalitätsverhindernde Wirkung dieser Maßnahmen nachweist. Vielmehr zeigen ausländische Untersuchungen, dass Impulsdelikte, also spontane Straftaten, von der Kameraüberwachung völlig unberührt bleiben. D.h. die Überwachung verhindert keine Straftaten und dient somit weder der Abschreckung, noch der Herstellung von Ordnung und Sicherheit im intendierten Sinne. Im Gegenteil, mit der Überwachung öffentlicher Räume war – wenn überhaupt - bisher stets die Verdrängung von unerwünschten Handlungen in andere Gebiete verbunden.

Die Sicherheitslage und mithin das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird sich durch die Überwachungsmaßnahmen mittelfristig kaum verbessern, da Kameras keine Straftaten verhindern und auch nicht direkt eingreifen können (wie das beispielsweise Streifenpolizisten könnten). Statt dessen führt der massive Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu unnatürlichem und angepasstem Verhalten. Es darf auch nicht vergessen werden: Kameraüberwachung kostet Geld, Steuergeld. Nicht nur die Anschaffung der Kameras ist teuer, auch die monatlichen Wartungskosten können sich auf bis zu 2.500,00 Euro pro Kamera belaufen. Nicht zu reden von den Kosten für das Überwachungspersonal. Dieses Geld wäre sinnvoller in wirklich sozialpolitische und demokratiefördernde Maßnahmen zu investieren, um häufigen Ursachen von Kriminalität schon an den Wurzeln zu begegnen.

2.2. Datenerfassung durch den Staat einschränken:

- Abschaffung der flächendeckenden Protokollierung der Kommunikation (das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung muss zurückgenommen werden!)
- Abschaffung der flächendeckenden Erhebung biometrischer Daten, sowie von RFID-Ausweisdokumenten
- Schutz vor Bespitzelung am Arbeitsplatz durch ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz
- Berücksichtigung des Datenschutzes für Bürger- und Arbeitnehmer/innen bereits in der Konzeptionsphase aller öffentlichen eGovernment-Projekte
- Keine Weitergabe von Informationen über Menschen ohne triftigen Grund;

- Keine europaweite Vereinheitlichung staatlicher Informationssammlungen (Stockholmer Programm)
- Keine systematische Überwachung des Zahlungsverkehrs oder sonstige Massendatenanalyse in der EU (Stockholmer Programm)
- Kein Daten und Informationsaustausch mit Behörden und Einrichtungen anderer Staaten ohne wirksamen Grundrechtsschutz
- Keine pauschale Registrierung aller Flug- und Schiffsreisenden (PNR-Daten)
- Keine Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte in der derzeit geplanten Form

Unsere Position: Alternativen zum gläsernen Bürger!

Alternativen sind möglich! Statt einer Politik, die Ängste vor vermeintlichen äußeren und inneren „Feinden“ schürt, muss eine Politikumkehr in Sachsen und in der Bundesrepublik ermöglicht werden. Nicht der Staat genießt gegenüber dem Bürger Vertrauensschutz, sondern umgekehrt muss der Bürger wieder derjenige sein, der gegenüber dem Staat Vertrauensschutz genießt. An die Stelle der staatlichen Datensammelwut, sei es nun in der Bundesrepublik allein, oder auf internationaler bzw. europäischer Ebene, setzt DIE LINKE auf alternative Sicherheitskonzepte, die ein Höchstmaß an Transparenz staatlichen Handelns gewährleisten. Privatwirtschaftlichen Überwachungsbestrebungen stehen wir grundsätzlich ablehnend gegenüber.

Es geht aber nicht nur darum, geplante Einschränkungen des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung zu verhindern, sondern bereits bestehende Überwachungsbefugnisse unabhängig, mit Hinblick auf ihre Wirksamkeit, auf schädliche „Nebenwirkungen“ und Kosten, zu überprüfen. Es ist zu prüfen, ob alternative Techniken und Methoden nicht bessere Ergebnisse hinsichtlich des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger zeitigen. Wir befürworten ein Moratorium für jegliche neue Überwachungsbefugnisse in Sachsen und darüber hinaus. Das Recht auf Schutz der Persönlichkeitssphäre und der persönlichen Daten sowie das Recht auf freien ungehinderten Informationszugang sind zentrale Bestandteile und Voraussetzung demokratischer Mitbestimmung und damit lebendiger und gelebter Verfassungsschutz.

2.3. Schutz der Meinungsfreiheit und des freien Meinungs- und Informationsaustauschs über das Internet

- Keine Beschränkung des Internetzugangs durch staatliche Stellen oder Internetanbieter (Sperrlisten)
- Keine Online Durchsuchung von privaten oder öffentlichen PCs
- Keine Sperrungen von Internetanschlüssen
- Verbot der Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internet.
- Entfernung von Internet-Inhalten nur durch Gerichtsbeschluss
- Einführung eines uneingeschränkten Zitierrechts für Multimedia-Inhalte
- Schutz von demokratischen Plattformen zur freien Meinungsäußerung im Internet (partizipatorische Websites, Foren, Kommentare in Blogs)
- Keine Kommerzialisierung von digitalen Wissensgütern durch die Verschärfung von Urheber- und Patentrecht

- Unterstützung und Förderung von Freier Software sowie Freier Lizenzmodelle wie Creative Commons License und General Public License

Unsere Position: Wissen und Internet für alle!

Wissensgüter - ob im künstlerischen, wissenschaftlichen oder industriellen Bereich - unterliegen im informationellen Zeitalter in immer größerem Maße der kapitalistischen Verwertung. Dies schlägt sich in der Praxis in restriktiver gestalteten Gesetzesregelungen, beispielsweise in der Verschärfung des Urheberrechtes/ Copyright oder Patentrechtes nieder. Immaterielle/ Wissens-Gütern sind grenzenlos reproduzierbar, ohne sich abzunutzen oder verbraucht zu werden, das Internet bietet einen barrierefreien Vertriebsweg. Wir treten dafür ein, diese "natürlichen" Potenzen zu nutzen statt einzuschränken, und suchen gemeinsam mit ProduzentInnen und VerbraucherInnen nach Möglichkeiten des gerechten Austausches jenseits von Ausbeutung (der ProduzentInnen durch die Rechte-Industrie) und Kriminalisierung (von VerbraucherInnen, z.B. durch Digital right management, Hausdurchsuchungen etc.). Wir unterstützen die Freie Software-Bewegung und alternative Lizenzmodelle wie die Creative Commons License (CCL) oder General Public License (GPL), die Wissen dem Verwertungszwang entziehen und nichtkommerzielle Weiterverwendung und –entwicklung gewährleisten.

Kommunikation, Informationsaustausch und Lebensorganisation finden zunehmend im Internet statt. Das Internet ist die öffentliche Bibliothek des 21. Jahrhunderts. So wie es einen Anspruch aller BürgerInnen auf ein Bankkonto gibt, muss auch der Internetzugang für alle ermöglicht werden, um Abkopplung zu verhindern. Wir setzen uns deshalb für die Bereitstellung eines öffentlichen, kostenfreien Netzes ein. Durch die Nutzung frei gewordener Fernsehfrequenzen kann eine begrenzte Bandbreite als Basisversorgung für die Angelegenheiten des täglichen Bedarfes zur Verfügung gestellt werden.

Gleichermaßen setzen wir uns für eine wirksame Breitbandoffensive in Sachsen ein. Damit Kinder und Jugendliche das Internet nicht ausschließlich als Zeitvertreib erleben, sondern als Informationsquelle, die gleichzeitig einen kompetenten Umgang erfordert, muss Medien- und Internetbildung in den Schulen verstärkt werden. Dazu gehört auch ein verbesserter Mediengriff in den Schulen, zum Beispiel durch Projekte für kostenfreie Laptops.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich beschlossen.

Anmerkungen:

Vor dem Hintergrund der besonderen historischen Verantwortung der Partei DIE LINKE Sachsen, ist es ein zentrales politisches Anliegen der Linken, für die Bewahrung der Grund- und Freiheitsrechte und gegen schrankenlose Überwachungsmaßnahmen einzutreten. Das vorliegende Positions- und Forderungspapier hat das Ziel, die Ansätze, die wir hinsichtlich der informationellen Bürgerrechte vertreten, kurz und prägnant zusammen zu fassen. Bereits in der Vergangenheit hat sich DIE LINKE kritisch zur Vorratsdatenspeicherung, zu Zensurmaßnahmen und sogenannten Anti-Terror-Paketen verhalten. Mit verschiedenen Initiativen im

parlamentarischen Raum wie z.B. mit dem Engagement für ein Informationsfreiheitsgesetz oder der Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel im Freistaat Sachsen hat sich DIE LINKE entsprechend positioniert. Aber auch auf lokaler Ebene und im außerparlamentarischen Bereich hat sich die Partei engagiert und beteiligt (z.B. in örtlichen Auseinandersetzungen um konkrete Videoüberwachungsmaßnahmen). Mittelfristig streben wir an, im Rahmen der programmatischen Weiterentwicklung der Partei DIE LINKE Sachsen, Leitlinien zur Thematik zu erstellen.

f.d.R.

Rico Gebhardt
Landesgeschäftsführer

Dresden, den 13. August 2009